

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Sitzungstermin: Dienstag, 10.11.2020
Beginn der Sitzung: 17:04 Uhr
Ende der Sitzung: 18:52 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Winter, Maria

SPD-Fraktion

Haase, Hans-Dieter

Hemken, Harald

Strelow, Gregor

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut

Hegewald, Reinhard

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mejia Yepes, Gustavo

Renken, Bernd

FDP-Fraktion

Bolinius, Eric

GfE-Fraktion

Eichhorn, Jochen

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

von der Verwaltung

Buß, Thomas

Willms, Artur

Jakobs, Stefan

Protokollführung

Bleeker, Sonja

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Winter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 32 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 08.09.2020 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation vom 08.09.2020 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 17/1641

Herr Jahnke begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und schildert einleitend die Ausgangssituation sowie Grunddaten. Gemeinsam mit **Herr Jakobs** gibt er einen Überblick über das Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2021. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Winter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Haase bemerkt, die vorgestellten Zahlen seien für ihn nicht überraschend.

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Herr Bongartz erkundigt sich nach der Schuldenentwicklung des Klinikum Emden und der Höhe des Defizites.

Herr Jahnke antwortet, u. a. würde dieses Thema in den Klausurtagungen der Fraktionen intensiver besprochen.

Herr Bongartz stellt fest, für den Stadtordnungsdienst (SOD) gäbe es nach neuesten Angaben fünf zusätzliche Stellen zuzüglich einer Stelle für eine Teamleitung. Er fragt nach dem konkreten Aufgabenfeld dieser Stellen.

Herr Strelow moniert, im letzten Personalausschuss sei die Rede von drei Stellen für den SOD gewesen. Auch er erkundigt sich nach dem Aufgabenfeld. Weiter möchte er wissen, ob die Stellen möglicherweise durch Bundes- oder Landeszuschüsse gefördert würden.

Herr Jakobs antwortet, gefördert würden lediglich die 8,95 AK für die § 16-i-Kräfte und § 16-e-Kräfte. Zu Beginn seien die Stellen zu 100 Prozent gefördert, anschließend reduziere sich diese. Es handele sich bei diesen Kräften um schwervermittelbare Langzeitarbeitslose, die wieder in das Arbeitsleben integriert würden.

Herr Eichhorn möchte wissen, warum die Stadt diese Kräfte einstellen müsse.

Herr Jakobs nennt als Hintergrund für die Einstellung den Personalbedarf insbesondere für Aufgaben im Fachbereich 500 oder auch beim BEE. Diese Personaleinstellungen böten sich an, weil die dann eingestellten Personen aus dem Leistungsbezug des Jobcenters Emden herausfallen würden und dies dort Kosten einspare. Somit stelle sich dieses Konstrukt letztlich in den Kosten neutral dar.

Herr Eichhorn fragt nach, ob die § 16-i-Kräfte und § 16-e-Kräfte nach Beendigung der Förderung dauerhaft bei den Personalkosten hinzukämen.

Herr Jakobs erklärt, diese, für drei Jahre befristeten, Stellen würden zunächst beginnend mit 100 Prozent gefördert, danach reduziere sich die Förderung.

Herr Jahnke ergänzt, diese Personen hätten durch die Einstellung eine Chance, sich wieder auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Stellen würden in einem hohen Maß gefördert. Letztendlich würden sich dadurch auch die Aufwendungen der Stadt im Rahmen der Kosten für die Unterkunft reduzieren. Für den städtischen Haushalt stelle dies somit keine Belastung, sondern eine Entlastung dar.

Weiter informiert er, für den SOD gäbe es ein neues umfassendes Konzept, welches weit über das Prinzip der Kontrolle des ruhenden Verkehrs hinausgehe. Zudem beschränke es sich nicht nur auf den Innenstadtbereich, sondern nehme auch die Außenbezirke in den Fokus. Kontrollen würden zukünftig auch außerhalb der regulären Arbeitszeit stattfinden. Er sei davon ausgegangen, dass dieses Thema dem Rat im Rahmen des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation dargelegt worden sei. Er bittet Herrn Buß seine Ausführungen zu ergänzen.

Herr Buß begrüßt die Anwesenden und ergänzt, der Aufgabenbereich des SOD werde erheblich ausgeweitet und die Aufgaben würden sowohl in der Qualität wie auch in der Quantität verbessert. Zum Teil würden Arbeitsaufgaben aus anderen Fachdiensten in das Arbeitsfeld des SOD verlagert. Ebenso werde die räumliche Zuständigkeit in die Außenbezirke hinein erweitert. Bezüglich der Stellenanzahl erklärt er, beim laufenden Stellenbesetzungsverfahren gehe es konkret um diese drei Stellen. Perspektivisch solle dieser Aufgabenbereich allerdings um sechs

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Kräfte aufgestockt werden. Er schlägt vor, im nächsten Ausschuss für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 25.11.2020 noch einmal ausführlich Stellung zu dieser Thematik zu nehmen.

Herr Jahnke nennt einige Schwerpunktaufgaben des neuen Konzeptes für den SOD, wie beispielsweise Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs, mobile Geschwindigkeitsmessungen, Abschleppen von Kfz-Falschparkern, Halter- und Fahrzeugermittlungen, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Halterermittlung bei abgemeldeten Kfz, Stilllegung von Kfz, Überprüfung aus den Sondernutzungen, Ermittlung und Überprüfung von Baustellen-Sondernutzung, Überwachung Hundegesetz, Überwachung Räum- und Streupflichten, Überwachung Vorgaben einer evtl. zu erstellenden Gestaltungssatzung, Überprüfung melderechtl. Angelegenheiten, Zeugendienste, Begleitung anderer Orga-Einheiten, Präsenzüberwachung an neuralgischen Punkten, z. B. die Überwachung und Beobachtung von Altkleidercontainern. Insbesondere solle die Überwachung von Problempunkten entsprechend ausgeweitet werden. Drei dieser Kräfte würden eine Zusatzausbildung für das Tragen von Atemschutzgeräten absolvieren, um dann zusätzlich bei der Feuerwehr einsetzbar zu sein. Mittlerweile verfüge die Feuerwehr nicht mehr über genügend ehrenamtliche Kräfte und somit auch nicht über Kräfte mit einer solchen Zusatzausbildung. Entsprechend müssten drei Feuerwehrleute zusätzlich eingestellt werden. Der Arbeitseinsatz im Ordnungsdienst sowie die Verfügbarkeit für die Feuerwehr im Alarmfall würden miteinander gekoppelt. Somit seien es insgesamt sechs Stellen mit dem beschriebenen Aufgabenspektrum.

Herr Buß unterstreicht die Erläuterungen von Herrn Jahnke. Insbesondere solle die Koppelung mit dem Feuerwehrbereich stattfinden, sodass das Personal im Alarmfall kurzfristig diese Tätigkeit für die Feuerwehr wahrnehmen könne. Damit sei die Besetzung von drei zusätzlichen Stellen, die ansonsten bei der Feuerwehr erforderlich wären, abgesichert.

Herr Renken bittet um nähere Erläuterungen hinsichtlich des gestiegenen Personalaufwandes und der dort aufgeführten Stellenausweitung i. H. v. 1,75 Mio. €. Weiter fragt er, ob es sich hier um Bruttobeträge handle und in wieweit die Fördermittel in den Zahlen enthalten seien.

Herr Jakobs erklärt, im Fachbereich 500 z. B. gäbe es eine in der Präsentation ausgewiesene Ertragssteigerung. Diese resultiere im Wesentlichen aus der Einstellung von § 16-i-Kräften und § 16-e-Kräften.

Herr Strelow sei verwundert über diese Personalveränderungen. Eine umfassende Vorstellung im letzten Ausschuss für Personalangelegenheiten und innere Organisation hätte er begrüßt. Dort seien lediglich die offenen Stellenausschreibungen aufgelistet gewesen. Nunmehr seien für die Haushaltsplanungen noch diverse andere Stellen nötig. Im Hinblick auf die Haushaltsklausur der Fraktionen habe er sich diese Information im Vorfeld gewünscht.

Herr Jahnke betont, zur Klarstellung des Haushaltes seien die Personalveränderungen bewusst in diese Präsentation aufgenommen worden. Die offensichtliche und nicht unerhebliche Steigerung der Personalkosten sei auf verschiedene Faktoren, wie beispielsweise Höhergruppieren, Gutachten, Pensionsrückstellungen aber auch Tarifsteigerungen zurückzuführen. Inhaltlich sei dies in den entsprechenden Ausschüssen angesprochen und diskutiert worden. Er stimmt zu, dieses Thema gehöre in die Haushaltsberatung der Fraktionen hinein und sollte diskutiert werden. Das Konzept des SOD werde deshalb den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Er sei davon ausgegangen, dass im Ausschuss für Personalangelegenheiten und innere Organisation besprochen worden sei, dass das Gesamtportfolio der Aufgaben des Ordnungsdienstes mit denen der Feuerwehr gekoppelt werde, um auch die Sicherheitsanforderungen zu gewährleisten. Darüber hinaus sei eine Evaluierung, ob sich das Konzept bewährt habe, die Zielsetzung.

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Zudem würde es sich um befristete Arbeitsverträge handeln, welche ggf. angepasst werden könnten.

Auch **Herr Bolinius** gibt an, er sei über die Stellenaufstockung des SOD überrascht. Nach den Erläuterungen von Herrn Jahnke und mit Blick auf die Beschwerden der Bürger*innen, sehe er dies positiver, als er es zunächst vermutet habe. Eine Evaluierung begrüße er. Er plädiere, dieses Thema intensiv bei der Klausurtagung zu beraten.

Herr Jahnke erklärt, eine Entscheidung über diese Stellen stehe erst im Dezember an, vorher könne innerhalb der Fraktionen diskutiert werden.

Herr Haase gibt an, über drei Stellen für den SOD sei im Personalausschuss diskutiert worden. Alles andere sei neu. Das Befremden diesbezüglich hätten seine Vorredner bereits deutlich gemacht. Er möchte hinsichtlich der drei weiteren Stellen wissen, ob diese bei der Feuerwehr angesiedelt seien und von dort organisiert würden oder ob es sich um befristete Stellen handle. Er bitte um nähere Erläuterungen wie die tatsächlich organisatorisch funktionieren solle.

Herr Jahnke antwortet, die Feuerwehr habe tagsüber Probleme, weil die freiwilligen Feuerwehrleute dann ihrer beruflichen Tätigkeit nachgingen und dadurch nicht schnell genug am Einsatzort sein würden. Diese drei Stellen würden im SOD verortet, allerdings mit der Qualifikation, im Falle eines Feuerwehreinsatzes entsprechend möglichst zügig am Einsatzort zu sein. Nachts bestehe dieses Problem bei der Feuerwehr nicht.

Nach der Auffassung von **Herrn Bongartz** sei es richtig, diese Diskussion in die Klausurtagungen der Fraktionen zu verlegen. Er stellt fest, auch er habe lediglich von drei Stellen für den SOD gewusst. Die Stellen der § 16-i-Kräfte und § 16-e-Kräfte seien ihm nicht bekannt. Diese stünden seiner Meinung nach außerhalb der Diskussion, da das Programm eine sinnvolle Regelung sei und zudem keine Kosten verursache. Er erinnert an die Haushaltsstrukturkommission und den Versuch, Personalkosten zu minimieren. Nunmehr sei festzustellen, dass hier „das Scheunentor geöffnet werde“ und in allen Bereichen Vollzeitstellen geschaffen würden. Dies sei für ihn schwer nachvollziehbar. Auch müsse dieses Vorgehen in eine Beziehung zu der aktuellen und zukünftigen finanziellen Situation der Stadt gebracht werden. Er nehme den Wunsch der Verwaltung zur Kenntnis, plädiere jedoch für eingehende Überlegungen in den Fraktionen.

Herr Renken stimmt den Ausführungen von Herrn Bongartz zu. Die vorgetragenen Argumente hinsichtlich der Stellen seien durchaus einleuchtend. Dennoch könne man dies auch hinsichtlich der dauerhaften Leistungsfähigkeit im Personalbereich und den Personalkosten hinterfragen. Dieses Thema sei in der Vergangenheit immer wieder von der Kommunalaufsicht angemahnt worden. Auch er plädiere, sich mit dem Thema ernsthaft und deutlich in den Fraktionsberatungen zu befassen. Schließlich müsse dies auch den Bürger*innen vermittelt werden.

Herr Haase weist darauf hin, gemäß der Vorlage könne nur für zwei Jahre auf ein Haushaltskonsolidierungskonzept verzichtet werden. Insoweit unterstütze er die Aussagen seiner Vorredner. Seiner Meinung nach müsse heute aufgepasst werden, damit sich die Situation nicht in 2023 katastrophal verschlechtere.

Herr Jahnke stellt fest, inhaltlich seien die Personalmehrungen in den Fachbereichen sowie die Förderungen aufgezeigt worden. Zu den Haushaltsberatungen gehöre diese Transparenz. Er betont ein weiteres Mal, viele der aufgezeigten Stellen in den Fachbereichen seien ordnungsgemäß veranschlagt worden und bereits vorhanden.

Herr Bolinius unterstützt die Aussage von Herrn Jahnke. Er erinnert an die Haushaltsstrukturkommission, welche nicht öffentlich getagt habe und in der sich die Fraktionen intensiv gemein-

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

sam beraten hätten. Jetzt befürchte er, jede Fraktion mache ihre eigene Haushaltsberatung mit individuellen Vorschlägen und trägt diese in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Beteiligung vor. Er schlägt vor, sich vorab in einem kleinen Rahmen auf Fraktionsebene zu verständigen.

Herr Jahnke begrüßt den Vorschlag von Herrn Bolinius.

Herr Jakobs schlägt als Termin den 08.12. oder 09.12.2020 für einen zusätzlichen Finanzausschuss vor, um den Nachtragshaushalt für 2020 zu beschließen. Im Anschluss könne eine nichtöffentliche Sitzung stattfinden.

Herr Bongartz erkundigt sich, welche Stellen beim Gebäudemanagement Emden aufgerüstet worden seien.

Herr Jakobs teilt mit, bei den Stellen handele es sich um eine Verwaltungsstelle, einen Geräteprüfer, einen Meister, einen Elektriker, einen Klempner sowie einen Technischen Zeichner. Er gehe davon aus, dass diese Stellen im Rahmen des Betriebsausschusses diskutiert worden seien.

Herr Jahnke ergänzt, dies sei ein Bestandteil des Wirtschaftsplanes des GME. Es folgt eine kurze kontroverse Diskussion.

Herr Strelow teilt mit, inhaltlich stelle er diese Stellen nicht in Frage. Dennoch sei er erstaunt, dass dort sechs Stellen geschaffen würden, ihm seien nur zwei neue Stellen bekannt. Deswegen sei seine Bitte für die Klausurtagung, eine Auflistung zu erstellen, welche Stellen konkret besetzt seien sowie eine Darlegung der Notwendigkeit dieser Stellen.

Herr Jahnke findet die umfassende Diskussion aufgrund der aktuellen Finanzsituation richtig. Die inhaltlichen Notwendigkeiten seien seiner Ansicht nach dargelegt worden. In den Beratungen der Fraktionen könnten entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

Herr Haase erkundigt sich nach dem Defizit des Klinikums Emden.

Herr Jahnke teilt mit, er möchte der Aufsichtsratssitzung nicht vorgreifen. Die prognostizierten 3,5 Mio. € würden nicht reichen, in 2020 werde etwas dazukommen. Für 2021 habe die Stadt derzeit 4,1 Mio. € eingeplant.

Herr Eichhorn möchte hinsichtlich der Sanierung des Freibades Borssum wissen, inwieweit die Kosten für die Technik i. H. v. 680.000,00 € in den Fördermitteln abgebildet seien.

Herr Jahnke teilt mit, diese Kosten seien noch nicht enthalten, da sie als Bestandteil des Nachtragshaushaltes für 2020 vom Rat beschlossen worden seien. Er vermutet ein schlechteres Ergebnis, zum Umfang könne er zu diesem Zeitpunkt noch keine Angaben machen, dies würde von der Gewerbesteuererstattung abhängig sein. Für die bereits beschlossenen Maßnahmen müsste die Stadt zusätzliche Kreditermächtigungen aus dem Haushalt 2020 von der Kommunalaufsicht genehmigen lassen. Der Eigenanteil und der Zuschuss für das Freibad Borssum sowie die Kosten für die Technik seien aufzunehmen.

Herr Eichhorn fragt nach, inwieweit die Stadt Emden aufgrund der hohen Verschuldung eine Chance auf höhere Zahlungen des Bundes und Landes aufgrund der Covid 19-Pandemie habe.

Herr Jahnke erklärt, das Land und der Bund hätten zum Ausgleich für entgangene Gewerbesteuer aufgrund der Covid19-Pandemie Zahlungen i. H. v. 814 Mio. € bewilligt. Unbekannt sei,

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

wie viel die Kommunen insgesamt tatsächlich durch die Pandemie an Gewerbesteuereinnahmen eingebüßt hätten. Davon abhängig werde die Quote sein. Der Stadt Emden würden, im Vergleich der letzten drei Vorjahre zum laufenden Jahr, insgesamt 15,6 Mio. € fehlen. Wie viel die Stadt jetzt aus diesen 814 Mio. € zum Ausgleich dieser 15,6 Mio. € bekomme, werde sich am 20.11.2020 herausstellen.

Herr Jakobs ergänzt, darüber hinaus habe die Stadt über den Länderfinanzausgleich vom Land 556.880,00 € als Pandemie-Ausgleich aus einer Gesamtsumme i. H. v. 89 Mio. € erhalten.

Herr Jahnke hält fest, mit dem Rat sei beschlossen worden, in dieser Krisensituation die geförderten Investitionsmaßnahmen fortzuführen. Dieses bewege sich konträr zu dem Genehmigungsschreiben der Kommunalaufsicht. Deswegen habe er darauf hingewiesen, eine Genehmigung sei mit dem Land zu verhandeln. Um mittelfristig aus dem Defizit herauszukommen, müsse die Stadt weiter investieren und insbesondere die Förderprogramme nutzen. Es sei eine Fortschreibung der bekannten Programme, dies führe allerdings zu einer beträchtlichen Neuverschuldung.

Herr Bongartz erkundigt sich nach der Modernisierung des Gebäudes „Waage“ am Neuen Markt.

Herr Jahnke antwortet, der weitere Verlauf sei vom Ausgang des Wettbewerbes abhängig.

Herr Bongartz möchte in Bezug auf die Fassadensanierung im Bereich des Neuen Marktes wissen, ob Anlieger eine städtische Förderung erhalten könnten, wenn sie sich dazu entschließen würden, ihre Fassaden zu sanieren.

Herr Jahnke bejaht dies.

Herr Hemken bemerkt, dies sei in Anbetracht der aktuellen Finanzsituation neu zu bedenken.

Herr Eichhorn gibt an, dass ein möglicher Verlust beim Verkauf des Gebäudes „Waage“ zu berücksichtigen sei.

Herr Jahnke bejaht dies, die Entwicklung des Wettbewerbs sei abzuwarten.

Herr Bongartz spricht die bereits für dieses Jahr beschlossene Sanierung der Fahrradwege an und beklagt, dass der Ausbau nicht umgesetzt worden sei. Das bisher dafür eingeplante Budget sei deswegen nicht verwendet worden. Nunmehr käme eine Summe i. H. v. 200.000,00 € zusätzlich hinzu. Weiter erinnert er daran, dass die Summe i. H. v. 600.000,00 € für das Parkhaus auf dem ehemaligen Gelände der Kaufhalle einkalkuliert worden sei. Die Verwendung für den Bau sei jedoch fraglich. Seine Fraktion sehe mit diesen Geldern eine bedeutsame Reserve für die Fahrradwege in dieser Stadt. Deutlich macht er, dass nicht die Sanierung der Straßen und Fahrradstreifen gemeint sei, sondern der Ausbau der Fahrradwege. Er schlägt vor, dieses gemeinsam mit allen Fraktionen zu thematisieren.

Herr Renken begrüßt den energischen Einsatz von Herrn Bongartz und teilt seine Meinung. Seiner Ansicht nach habe es an der Umsetzung der Investitionen gemangelt. Weiter teilt er mit, er habe an der 14. Fahrradkommunalkonferenz teilgenommen. Dort sei von einem neuen Förderprogramm im Rahmen des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung 2030 berichtet worden, welches in den letzten Zügen der Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Niedersachsen liege. Ein großes Ziel sei die Förderung des Fahrradverkehrs durch investive Fördermaßnahmen. Die Zuschüsse des Bundes lägen bei 75 Prozent und das Land werde, zumindest hätten es einige andere Bundesländer bereits gemacht, noch Zuschüsse leisten, sodass mit einer

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Bezuschussung von 90 Prozent für investive Maßnahmen im Fahrradverkehr ab dem nächsten Jahr zu rechnen sei. Dies müsse jedoch eiligst umgesetzt werden, weil sämtliche Projekte, die jetzt in dem Fördertopf enthalten seien, bis 2023 umgesetzt werden müssten. Er bittet die Verwaltung diese Möglichkeit zu nutzen und den Haushaltsplan möglicherweise entsprechend anzupassen. Es sei noch nicht klar, ob das Programm auch über das Jahr 2023 hinaus weitergeführt werde. Für alle Kommunen in diesem Land sehe er eine ganz große Chance, durch diese Förderung Projekte umsetzen zu können.

Herr Jahnke begrüßt diese Nachricht. Er erinnert, im letzten Jahr habe die Stadt gehofft, zwei Wirtschaftswege durch einen 50prozentigen Zuschuss zu sanieren. Die Förderung sei leider gescheitert. Insoweit sei die Ausgestaltung von Förderprogrammen sehr genau zu betrachten. Wenn jedoch solche Förderungen von 80 – 90 Prozent zu erzielen seien, sollte man sie für Emden nutzen. Möglicherweise könnten dann sogar Haushaltsansätze anders priorisiert werden.

Herr Renken bezieht sich auf das Thema Wirtschaftswege. Die Förderung diesbezüglich sei ab 2020 eingestellt worden, weil die EU-Richtlinien entsprechend verändert worden seien. Der Hintergrund sei, man wolle nicht mehr in den Wegebau der Landwirtschaft investieren, sondern eine ökologische Umorientierung bezuschussen. Auf der anderen Seite seien 340.000,00 € Eigenmittel in den Haushalt eingeplant. Es interessiere ihn, ob dies ein Betrag sei, über den man alternativ sprechen könnte.

Herr Jahnke bejaht dies. Dieser Betrag würde der Stadt noch zur Verfügung stehen, denn eine Sanierung der Wirtschaftswege ließe sich bei der aktuellen Haushaltssituation nur dann vertreten, wenn es tatsächlich Zuschüsse gäbe. Er stellt klar, Bedarfe seien in diesem Bereich vorhanden. Sanierungsbedürftige Wirtschaftswege seien seitens des BEE aufgelistet worden, teilweise würde aufgrund der Verkehrssicherheit sogar an Sperrungen gedacht werden.

Herr Bolinius weist in diesem Zusammenhang auf den katastrophalen Zustand der Wirtschaftswege im Petkumer Hammrich hin. Seiner Ansicht nach seien diese teilweise nicht mehr verkehrssicher. Eine Sperrung der Wege halte er allerdings für nicht möglich, da Landwirte auf sie angewiesen seien.

Herr Jahnke betont, es sei schwierig in die Wirtschaftswege zu investieren, wenn gleichzeitig Straßensanierungen nicht berücksichtigt würden. Ohne eine Förderung sei dies aktuell nicht umsetzbar.

Herr Strelow regt an, zunächst die bereits im Haushalt vorhandenen Sanierungsposten abzuarbeiten. Der Aussage von Herrn Bongartz schließe er sich an. Seiner Ansicht nach fehle die Aussage, warum diese Maßnahmen bislang nicht erfolgt seien. Zudem erkundigt er sich, ob es weitere Rückstände im Bereich der Bausanierungen oder den Investitionen gäbe. Er bittet um ausführliche Erläuterungen in der Klausurtagung.

Herr Bongartz gibt zu bedenken, dass die Wirtschaftswege mittlerweile sehr alt seien. Für das Gewicht der heutigen landwirtschaftlichen Fahrzeuge seien diese Wege nicht geeignet. Für den Neubau dieser Wege müsste dieses Lastverhältnis entsprechend berücksichtigt werden. Zunächst seien seiner Ansicht nach erst einmal die sanierungsbedürftigen Straßen zu sanieren.

Herr Eichhorn bemerkt, zurzeit sei es schwierig, entsprechende Handwerksfirmen zu eruieren, da die Nachfrage aufgrund der günstigen Zinsentwicklung groß sei und Firmen dementsprechend ein hohes Auftragsvolumen hätten. Zudem würden Angebote von Firmen übersteuert kalkuliert und seien insofern nicht immer nützlich. Dies sei seiner Ansicht nach auch das Problem bei der Stadt Emden.

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Frau Winter bedankt sich für die Ausführungen.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Standardberichtswesen per 30.09.2020
Vorlage: 17/1640

Herr Jakobs erläutert im Rahmen des standardisierten Berichtswesens anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich den der Vorlage beigefügten Bericht zum 30.09.2020. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Winter bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius findet das Gewerbesteuerminus i. H. v. 17 Mio. € erschreckend. Er erkundigt sich, ob diesbezüglich mit dem Volkswagen-Werk gesprochen und wie diese Zahl ermittelt worden sei.

Herr Jakobs antwortet, es würden regelmäßig Besprechungen mit Volkswagen stattfinden. Die Zahl, die für den Haushaltsansatz ermittelt worden sei betrage für dieses Jahr 33 Mio. €. Dieses Jahr hätten sich die Gewerbesteuereinnahmen aufgrund einer Vielzahl von Abmeldungen um 17 Mio. € reduziert. Ursprünglich habe es einen Haushaltsansatz i. H. v. 39 Mio. € gegeben. Es gäbe einen gewissen Bestand an Gewerbesteuereinnahmen, welcher sich hochrechnen lasse. Aufgrund verschiedener vorliegender Komponenten und Informationen gehe er aus heutiger Sicht davon aus, dass die Prognose für den Haushaltsansatz i. H. v. 33 Mio. € für das kommende Jahr realistisch sei. Er betont, diese Zahl würde vom weiteren Verlauf der Covid 19-Pandemie abhängig sein.

Frau Winter bedankt sich für die Ausführungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 8 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.